

Bundesweit gibt es ca. 180 rechtsextremistische Organisationen. In Schleswig-Holstein dominieren die NPD und die aus den verbotenen neo-nationalistischen Organisationen hervorgegangenen so genannten „Freien Nationalisten“.

Der Verfassungsschutz registriert ca. 1.400 Mitglieder rechtsextremistischer Parteien und Organisationen. Die Straftaten, die dem rechtsextremistischen Spektrum zugeordnet werden, sind geringfügig zurückgegangen: Von 2007 auf 2008 (Monate Januar bis Mai) in den Kreisen Herzogtum-Lauenburg, Plön, Pinneberg und Rendsburg-Eckernförde um 60 bis 80 Prozent - lediglich in der Stadt Flensburg gibt es eine Steigerung von 100 Prozent. Erklärungen hierfür gibt es nicht. Auch bei den Gewalttaten ist ein Rückgang zu verzeichnen.

Bei den Kommunalwahlen hat die NPD in Schleswig-Holstein eine herbe Niederlage erlitten. Nur in 4 Kreisen hat sie es überhaupt geschafft, Kandidaten zur Wahl auf zu stellen. Landesweit hat sie lediglich 0,4 Prozent der Stimmen gerade mal zwei Mandate erhalten.

Alle das ist sicher kein Grund zur Panik. Aber es ist auch kein Grund zur Entwarnung.

Die Neonazis werden einerseits durch ein scheinbar biederer und bürgerliches Auftreten versuchen, gesellschaftliche Akzeptanz zu erlangen und andererseits auf Aufmärschen, in Kommunalparlamenten und im Internet ihre rassistische und antisemitische Hetze verbreiten.

Rechtsextremes Gedankengut ist weiterhin latent vorhanden – das wissen wir aus allen einschlägigen Befragungen.

Deswegen gilt es weiterhin mit allen Mitteln des Rechtsstaates und der Zivilgesellschaft den Rechtsextremismus zu bekämpfen. Das bedeutet kriminelle Handlungen durch Polizei und Justiz konsequent zu verfolgen.

Schulen und Bildungseinrichtungen müssen Wissen und Argumentationsmuster vermitteln, damit junge Menschen nicht auf dumme menschenfeindliche Parolen hereinfallen. Und dort, wo Nazis offen auftreten, muss dem entgegengetreten werden: Durch kriminalpräventive Räte, durch aktives Handeln von Schülervertretungen, Gemeinderäten, Vereinen und Kirchen, aber auch durch öffentliche Kundgebungen, um die Rechtsradikalen nicht die Straße zu überlassen.

Rassismus und Antisemitismus in den Köpfen kann nicht allein durch Repressionen bekämpft werden. Es fordert ein engagiertes Eintreten der Demokraten für eine solidarische und weltoffene Gesellschaft!

Die finanziellen Ressourcen der in Schleswig-Holstein vertretenen rechtsextremistischen Organisationen werden – von Einzelfällen abgesehen - derzeit als unbedeutend eingeschätzt.

Erfreulich ist, dass parteinahen Bildungseinrichtungen, für die das Parteienprivileg nach Art. 21 GG nicht gilt, staatliche Mittel nicht gewährt oder wieder entzogen werden, wenn sie verfassungsfeindliche Bildungsinhalte vermitteln. Auch soll diesen Einrichtungen die steuerliche Gemeinnützigkeit nicht gewährt werden.

Erschreckend ist allerdings, dass es ein umsatzträchtiges Geschäft mit dem Verkauf von Bekleidung, Musik und Literatur gibt. Gerade über diese Materialien erreichen die Rechten junge und noch unerfahrene Menschen und gewinnen sie für ihre Zwecke. Die Tendenz der Nazis über die Verteilung von kostenlosen Musik-CDs den Einstieg in das rechte Milieu schon bei den Schülern zu befördern ist unerträglich.

Deswegen ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus gerade in der Jugendarbeit von besonderer Bedeutung. Deshalb gilt es ein friedliches und demokratisches Miteinander aller Kulturen in den Schulen zu lehren und in der Gesellschaft vorzuleben.

Gerade wir Politiker sind in der Pflicht, Flagge zu zeigen. Für Demokratie und gegen Fremdenfeindlichkeit.
